

Berthold, Norbert; Gründler, Klaus

Working Paper

Dezentrale Wirtschaftspolitik in Europa: Basis einer stabilen Währungsunion

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 121

Provided in Cooperation with:

Chair of Economic Order and Social Policy, Julius Maximilian University of Würzburg

Suggested Citation: Berthold, Norbert; Gründler, Klaus (2013) : Dezentrale Wirtschaftspolitik in Europa: Basis einer stabilen Währungsunion, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 121, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Würzburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/84886>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Dezentrale Wirtschaftspolitik in Europa

-

Basis einer stabilen Währungsunion

Norbert Berthold

Klaus Gründler

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,
insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik
Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 121

2013

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

Dezentrale Wirtschaftspolitik in Europa – Basis einer stabilen Währungsunion

Erscheint in:

Blanke, H.J. (Hrsg.)(2014): Die Fiskalunion – Voraussetzungen einer Vertiefung der politischen Integration im Währungsraum der Europäischen Union, Tübingen: Mohr Siebeck.

Norbert Berthold

Klaus Gründler

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Sanderring 2

D-97070 Würzburg

Tel.: 0931-31-84588

Fax: 0931-3182774

Email:

norbert.berthold@uni-wuerzburg.de

klaus.gruendler@uni-wuerzburg.de

Dezentrale Wirtschaftspolitik in Europa

Basis einer stabilen Währungsunion

Norbert Berthold und Klaus Gründler

Die gegenwärtige Ruhe in der Eurozone trägt. Der Euro steht weiter auf der Kippe. Das Machtwort von Mario Draghi hat nichts gelöst. Die Dreifach-Krise – Banken-, Staatsschulden- und Wettbewerbskrise – schwelt weiter. Das Grundübel der Währungsunion ist multiples „moral hazard“¹. Finanzinstitute verlagern hohe Risiken auf die Steuerzahler. Die gegenwärtige Generation bürdet künftigen Generationen schwere Lasten auf. Länder mit anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten leben über ihre Verhältnisse. So kann eine Währungsunion nicht funktionieren. Notwendig ist ein institutionelles Design, das es schwerer macht, auf Kosten von Dritten zu leben. Ein wettbewerbsfähigeres Umfeld ist der Schlüssel zum Erfolg. Das gilt auch in der Wirtschaftspolitik. Die Lohn- und Tarifpolitik darf nicht europäisiert, sie muss verbetriebligt werden. Keine zentrale, sondern eine regionalisierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist das Gebot der Stunde. Die Steuer- und Ausgabenpolitik darf nicht europäisiert, sie muss stärker dezentralisiert werden. Gelingt es Europa allerdings nicht, langfristig auf einen höheren Wachstumspfad zu kommen, wird der Euro scheitern.

Architektur der Europäischen Währungsunion

Mit der infektiösen Krise wird klar, dass die Europäische Währungsunion falsch konstruiert ist. Der Bauplan der EWU ist einfach². Mit der Geldpolitik ist nur ein Bereich der Wirtschaftspolitik zentralisiert. Nationale Regierungen können nicht mehr eigenständig geldpolitisch tätig werden. Die Fiskalpolitik ist weiter national. Allerdings sind die Handlungsmöglichkeiten der nationalen Regierungen eingeschränkt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) soll „übermäßige“ Defizite von mehr als 3% des BIP und „zu hohe“ Schuldenstände jenseits der 60 %-Marke verhindern. Ein Bail-Out-Verbot der Mitglieder der EWU soll die fiskalischen Leitplanken des SWP stärken. Auf nationaler Ebene steht die Lohn- und Tarifpolitik weiter uneingeschränkt zur Verfügung, um auf Schocks zu reagieren. Eine interne Auf- oder Abwertung soll die in einer Währungsunion fehlende externe Anpassung über die Wechselkurse zwischen den Mitgliedern ersetzen. Die Lohn- und Tarifpolitik trägt die Hauptlast der Anpassung der Mitglieder an asymmetrische Schocks.

Das wirtschaftspolitische Konzept der EWU ist regelgebunden und stabilitätsorientiert. Die EZB ist für Preisniveaustabilität zuständig, die Tarifpartner kümmern sich um die Beschäftigung, der Staat produziert öffentliche Güter. Mit der klaren Zuordnung wirtschaftspolitischer Zuständigkeit soll die Gefahr der Verwischung von Verantwortung gebannt werden. Dieses wirtschaftspolitische Assignment wird durch eine harte Begrenzung in der Ausgabenpolitik (Budgetrestriktion) ergänzt. Die

¹ Vgl. *Berthold* (2012).

² Vgl. *Berthold* (2011).

Anpassung an asymmetrische Schocks erfolgt über flexible nationale Lohn- und Tarifpolitiken. Dazu werden die monetären, fiskalischen und sozialen Kanäle verstopft, über die Lasten auf Dritte abgewälzt werden könnten. Orientiert sich die Geldpolitik am Ziel der Preisniveaustabilität, kann der monetäre Kanal über Inflation nicht genutzt werden. Werden die fiskalischen Leitplanken respektiert, ist der Kanal über staatliche Verschuldung verstopft. Beitragsäquivalent finanzierte nationale Systeme der Sozialen Sicherung machen es schwer, Lasten über den sozialen Kanal abzuwälzen.

Diese Konstruktion einer „Währung ohne Staat“ (Padoa-Schioppa) ist riskant. Sie stellt hohe Anforderungen an private und staatliche Akteure. Die Väter des Euro wollten die staatliche Verschuldung disziplinieren. Damit sollte der Druck auf die EZB vermindert werden, eine inflationäre Geldpolitik zu betreiben. Die Wahrscheinlichkeit, hohe staatliche Schulden weg zu inflationieren, ist gering. Das war vor allem ein Anliegen relativ inflationsaverser Mitglieder der EWU. Mit effektiven fiskalischen Leitplanken fällt es auch den Tarifpartnern schwerer, Lasten aus exogenen Schocks über die fiskalische Schiene der Verschuldung auf die Steuerzahler zu überwälzen. Der Druck der Anpassung über flexible Löhne und Lohnstrukturen sowie mobile Arbeitnehmer bleibt erhalten. Auf exogene Schocks wird stärker mit den Preisen und weniger mit den Mengen reagiert. Niedrige Arbeitslosigkeit, hohes Wachstum und regional konvergente Entwicklungen sind die Folge. Damit ist auch der beschäftigungspolitische Druck auf eine inflationäre Geldpolitik der EZB geringer.

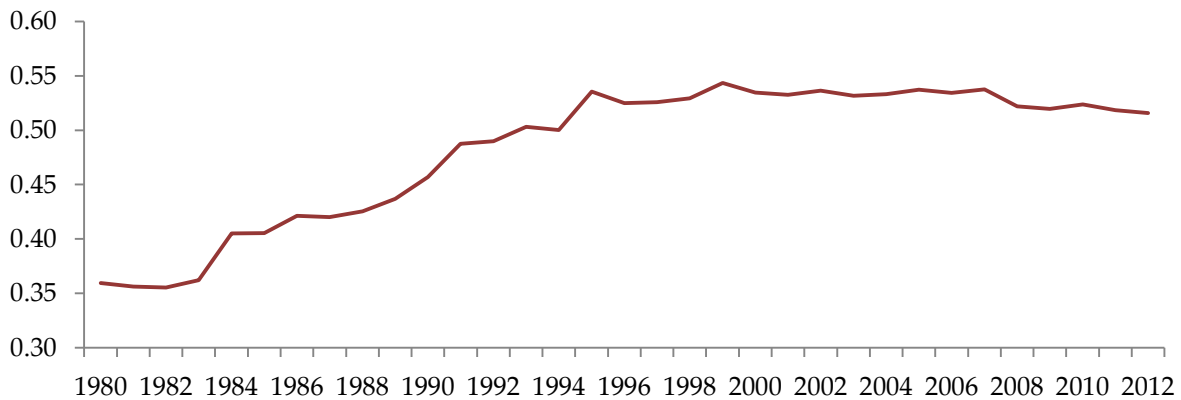
Beim Start war die EWU weit entfernt von einem optimalen Währungsgebiet. Nicht überall funktionierten die Märkte. Ein Beginn mit wenigen, wirtschaftlich homogeneren Ländern hätte diesen Mangel verringert. Die Fähigkeit der Länder, sich an Schocks anzupassen, wäre höher gewesen, die Gefahr von Krisen geringer. Damit hätten aber europäische Kernländer, wie etwa Italien, nicht Gründungsmitglieder werden können. Das war politisch nicht gewollt. Der Glaube war groß, dass der Euro die Güter- und Faktormärkte funktionsfähiger machen würde. Tatsächlich ist es aber nicht gelungen, die Preise auf den Märkten zu flexibilisieren und die Produktionsfaktoren zu mobilisieren. Das gilt vor allem für die Arbeitsmärkte, wenn auch einige Länder besser abschneiden. Die Krisenländer zeigen, dass die realen Löhne und die sektoralen, regionalen und qualifikatorischen Lohnstrukturen noch immer zu wenig flexibel sind. Auch Arbeit ist oft räumlich und beruflich zu wenig mobil. Das Ergebnis ist eine desaströs hohe Arbeitslosigkeit in der EWU.

Mit der Finanzkrise wurde offenkundig, dass die EWU noch immer kein optimales Währungsgebiet ist. Das zeigt die starke Streuung der Einkommen und der Arbeitslosigkeit in Abbildung 1. Die Gründe liegen auf der Hand. Auf den Arbeitsmärkten wird lohn- und tarifpolitisch viel zu viel über einen Kamm geschoren. Tarifkartelle behindern Wettbewerb, nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken sind zu zentralistisch. Nicht minder schädlich ist allerdings, dass die Budgetrestriktionen für die Tarifpartner aufgeweicht werden. Die Systeme der Sozialen Sicherung werden als Verschiebebahnhof für beschäftigungspolitische Lasten genutzt. Vor allem die Arbeitslosen- und Rentenversicherung sind die Lastesel. Weiche Budgetrestriktionen wurden auch durch das Lockern der fiskalischen Bremsen des SWP und den Bruch der No Bail Out-Klausel geschaffen. Die EZB weicht die Budgetrestriktion mit dem zeitlich unbefristeten Kauf von Staatspapieren (Outright Monetary Transactions) weiter auf. Mit einer fiskalischen Geldpolitik verletzt sie die Verträge der Währungsunion. Das alles verringert die Anreize der Tarifpartner, eine beschäftigungskonforme Lohn- und Tarifpolitik zu verfolgen.

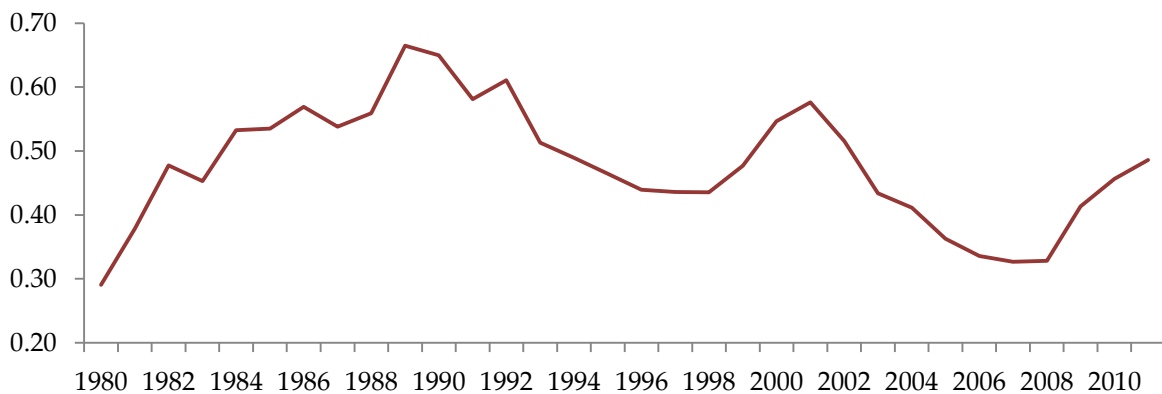
Abbildung 1

Die Heterogenität des Euro-Währungsraums

A: Variationskoeffizient, reales BIP pro Kopf



B: Variationskoeffizient, Arbeitslosenquote



Quelle: Weltbank (2013), eigene Berechnungen.

Betriebliche Lohn- und Tarifpolitik

Eine Währungsunion ist überhaupt nur stabil, wenn die Mitglieder adäquat mit interner Auf- und Abwertung auf asymmetrische Schocks reagieren³. Die realen Lohnstückkosten müssen flexibel sein. Mitgliedsländer einer Währungsunion, die negativ von Schocks getroffen werden, müssen entweder besser oder billiger werden, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Besser werden sie aber nur, wenn Arbeit produktiver wird. Dazu sind mehr Investitionen in Human- und Realkapital notwendig. Die positiven Wirkungen treten allerdings erst mittel- und längerfristig ein. In der kurzen Frist lassen sich Lohnstückkosten nur senken, wenn Arbeit billiger wird. Nach unten flexible Löhne sind somit unvermeidlich. Tatsächlich wird aber Arbeit nicht gleichmäßig von Schocks getroffen. Es gibt sektorale, regionale und berufliche Unterschiede. Eine interne Abwertung, mit der sich Mitglieds-

³ Vgl. Berthold (1997b).

länder adäquat an diese asymmetrischen Schocks anpassen, erfordert deshalb flexible Lohnstrukturen, sektoral, regional und qualifikatorisch.

Die wirtschaftliche Notwendigkeit, auf asymmetrische Schocks zu reagieren, hat in den letzten Jahrzehnten nicht abgenommen, sie ist gestiegen. Homogene Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten waren gestern. Die Globalisierung und der technische Fortschritt haben die Welt grundlegend verändert. Steigende Heterogenität dominiert die Arbeitsmärkte. Die wirtschaftlichen Entwicklungen unterscheiden sich immer stärker zwischen den Ländern und Branchen. Aber auch in den Branchen streut der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmen beträchtlich. Die traditionelle Form der Lohn- und Tarifpolitik, die mit hohen Zentralisierungsgraden operiert, ist obsolet geworden. Verhandlungen über Löhne und Tarife auf der Ebene von ganzen Ländern, wie sie lange etwa in den skandinavischen Ländern dominierten, sind Relikte aus einer längst versunkenen Welt. Deshalb ist der Vorschlag, die Lohn- und Tarifpolitik auf europäischer Ebene zu zentralisieren, allenfalls eine ökonomische Schnaps-idee. Er würde die EWU endgültig zerstören.

Wer Ungleiches lohn- und tarifpolitisch über einen Kamm schert, riskiert beschäftigungspolitische Nebenwirkungen. Der strukturelle Wandel wird weiter beschleunigt, sektoral und regional. Zentral vereinbarte Löhne forcieren den Absturz von Sektoren und Regionen im wirtschaftlichen Niedergang. Es ist den wirtschaftlichen Akteuren nicht mehr möglich, den Prozess der Anpassung über sektoral und regional differenzierte Löhne abzufedern. Die notleidenden Unternehmen in niedergehenden Sektoren und Regionen werden bei einheitlichen Löhnen, die auf ihre spezifischen Probleme keine Rücksicht nehmen, noch schneller abstürzen. Verhindern die regulierenden Leitplanken zentraler Tarifabschlüsse, dass Regionen, Sektoren und Unternehmen davon abweichen können, ist es fußkranken Akteuren nicht mehr möglich, über sinkende Löhne mehr Zeit für einen geordneten Ausstieg zu kaufen. Die Schere der Arbeitslosigkeit zwischen Ländern, Regionen und Sektoren öffnet sich, eine Währungsunion wird weiter destabilisiert.

Zentrale Lohn- und Tarifabschlüsse weichen die Budgetrestriktion auf. Wird zentral über Löhne und Tarife verhandelt, sind Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mächtige Institutionen. Der Organisationsgrad bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist hoch. Der Anreiz beider Interessengruppen zu kartellieren ist hoch. Sie nutzen ihre Stärke zu Lasten von Dritten. Das Ziel ist eine weichere Budgetrestriktion. Dazu muss es ihnen gelingen, die Politik dazu zu bewegen, die staatliche Beschäftigung zu erhöhen. Die Budgetrestriktion wird auch weicher⁴, wenn es die Politik zulässt, die Systeme der Sozialen Sicherung als beschäftigungspolitischen Lastesel zu nutzen. Finanziert werden die staatlichen Aktivitäten über mehr explizite und implizite staatliche Verschuldung. In beiden Fällen sind künftige Generationen die Dummen. Unter Druck der mächtigen Tarifpartner gerät auch die Notenbank. Sie wird genötigt, eine expansivere, inflationäre Geldpolitik zu fahren. Die Budgetrestriktion wird weicher, die Lohn- und Tarifpolitik aggressiver. Das Instrument der internen Abwertung wird stumpf, die Währungsunion weiter destabilisiert.

Das Schicksal der EWU entscheidet sich am Arbeitsmarkt. Erfolgreich ist sie nur, wenn sich die Mitglieder über flexible Lohnstückkosten an Schocks anpassen. Das ist nur bei harten Budgetrestriktionen für die Tarifpartner möglich. Nach wie vor wird in Europa zentral über Löhne verhandelt (siehe Abbildung 2). Ein sicheres lohn- und tarifpolitisches Fundament wird allerdings nur bei dezentralen Tarifverhandlungen gelegt. Wegen der heterogenen wirtschaftlichen Entwicklung führt

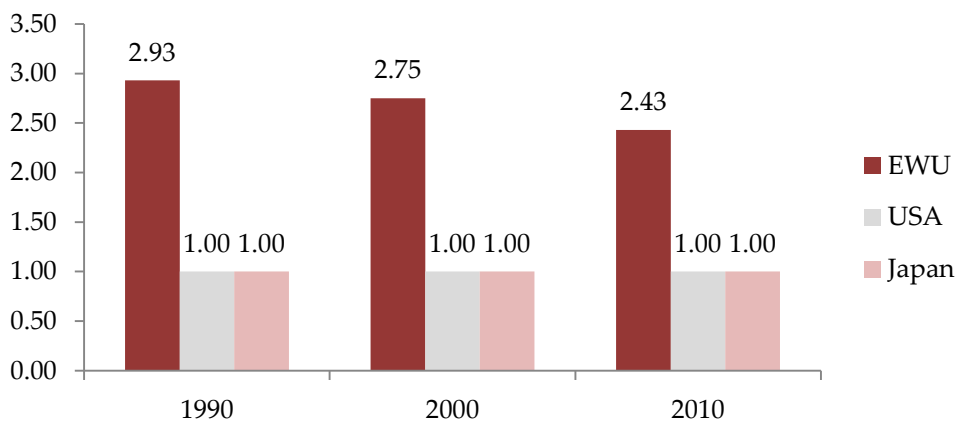
⁴ Vgl. *Berthold (1997a)*.

daran kein Weg vorbei. Das einzelne Unternehmen ist die passende Ebene. Dort zeigt sich deutlich, welche Lohn- und Tarifabschlüsse wirtschaftlich sinnvoll sind. Nicht noch mehr kartellierte Flächen-tarife, möglicherweise für ganz Europa, retten die EWU, sondern mehr betriebliche Bündnisse für Arbeit. Auf diesem Weg ist eine adäquate Reaktion auf Schocks möglich. Die Arbeitslosigkeit hält sich in Grenzen, das wirtschaftliche Wachstum wird gestärkt, der Prozess der wirtschaftlichen Konvergenz wird beschleunigt. Der Druck auf eine staatliche Verschuldungspolitik und eine inflationäre Geldpolitik sinkt, die Budgetrestriktion wird gehärtet.

Abbildung 2

Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen

EWU: Durchschnitt der Euro-17 Staaten



Quelle: Amsterdam Institute for Advanced Labor Studies (2013).

Eine dezentrale Lohn- und Tarifpolitik ist ein wichtiger Baustein, die EWU nachhaltig zu stabilisieren. Mit einem niedrigeren Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen kann auf exogene Schocks leichter arbeitslosigkeitsneutral mit internen Auf- und Abwertungen reagiert werden. Zum anderen ist die Gefahr geringer, dass die Politik mit einer höheren staatlichen Verschuldung und die EZB mit einer expansiven inflationären Geldpolitik antworten. Allerdings sind die Chancen gering, dass die Tarifpartner bereit sind, die Lohn- und Tarifpolitik stärker zu verbetrieblichen. In dieser Frage sitzen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in einem Boot. Beide wollen die organisatorischen Vorteile eines zentral operierenden Tarifkartells nicht aufgeben. Bei betrieblichen Vereinbarungen käme es zu einer Machtverschiebung zugunsten betrieblicher Tarifpartner. Macht und Einfluss der Funktionäre von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden würden eingedampft.

Dezentrale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Es spricht wenig dafür, dass die Politik den Weg zu mehr Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten gehen wird. Die Eurokrise hat den privaten Wettbewerb in Misskredit gebracht. Gefragt ist mehr staatliche Regulierung und zentrale Koordination. Das gilt auch für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Beide Bereiche sind nach den Regeln des wirtschaftspolitischen Assignments in der EU national zu

verantworten. Zentrale europäische Lösungen sind nicht vorgesehen. Trotzdem wird immer öfter gefordert, der EU-Kommission mehr Einfluss auch auf diesen Feldern einzuräumen. Die Währungsunion soll um eine Sozialunion⁵ ergänzt werden. So wird zum einen vorgeschlagen, soziale Standards - Mindestlöhne, Kündigungsschutz etc. - in der EU stärker zu vereinheitlichen. Die Forderung nach sozialen Mindeststandards wird wieder lauter. Gleichzeitig wird zum anderen durch den Ratspräsidenten Herman Van Rompuy angeregt, die nationalen Arbeitslosenversicherungen europäisch zu organisieren. Finanzielle Transfers sollen die EWU stabilisieren.

Die marktskeptischen Befürworter des Euro plädierten von Anfang an für mehr soziale Leitplanken der EWU. Eine Währungsunion funktioniere nur, wenn sie um eine Sozialunion ergänzt werde. Europäisch organisierte Systeme der Sozialen Sicherung sind das langfristige Ziel. Kurzfristig werden soziale Mindeststandards in Europa angestrebt. Dazu zählen gesetzliche und soziale Mindestlöhne. Die irriige Meinung ist weit verbreitet, gesetzliche Mindestlöhne seien ein geeignetes Instrument, ein Existenzminimum zu garantieren. Das ist fast immer falsch. Greifen Mindestlöhne, sinken wegen elastischer Arbeitsnachfrage die Arbeitseinkommen. Das verteilungspolitische Ziel wird verfehlt. Auch soziale Mindestlöhne haben Nebenwirkungen. Mit der staatlichen Garantie eines Existenzminimums wird zwar das distributive Ziel erreicht. Vor allem für weniger qualifizierte Arbeitnehmer ist allerdings der Anreiz begrenzt, eine angebotene Arbeit aufzunehmen. Das gilt umso mehr, je höher die Transferentzugsrate für reguläres Arbeitseinkommen ist.

Alle Mindestlöhne haben beschäftigungspolitische Risiken und Nebenwirkungen⁶, europaweit einheitliche besonders starke. Die Lage auf den vielen regionalen Arbeitsmärkten ist unterschiedlich. Es gibt Regionen, in den die Arbeitslosigkeit hoch und andere, in denen sie gering ist. Hohe einheitliche Mindestlöhne schaden immer, im ersten Fall allerdings besonders. Mindestlöhne machen regionale Lohnstrukturen inflexibler. Es spricht deshalb vieles dafür, Mindestlöhne nicht einheitlich auszugestalten. Das gilt für gesetzliche und soziale Mindestlöhne. Damit sollte auch die Höhe und Ausgestaltung der staatlichen Grundsicherung nicht national, schon gar nicht europäisch, sondern regional festgelegt werden. So kann die differenzierte Lage regionaler Arbeitsmärkte berücksichtigt werden. Mindestlöhne sind vor allem für gering qualifizierte Arbeitnehmer ein Problem. Sie sind der Nagel, an dem die qualifikatorische Lohnstruktur aufgehängt ist. Wird dieser Nagel zu hoch eingeschlagen, ist die Chance einfacher Arbeit auf einen Job gering.

Die Krise der EWU hat auch eine alte Idee wieder nach oben gespült: Eine europäische Arbeitslosenversicherung. Sie könnte eine doppelte Dividende abwerfen. Zum einen wäre ein effizienterer Risikoausgleich möglich, wenn sich die Versicherung über ganz Europa erstreckt. Ein günstigeres Preis-Leistungs-Verhältnis für die Versicherten wäre möglich. Das ist zumindest denkbar, wenn in Europa asymmetrische Schocks dominieren. Bei wachsender Dominanz des intra- gegenüber dem inter-industriellen Handels ist dies allerdings nicht zu erwarten. Zum anderen könnte der automatische Stabilisator einer europäischen Arbeitslosenversicherung zum Tragen kommen. Regionen mit stärkerem Nachfrageausfall würden von Regionen mit weniger starkem finanziell alimentiert. Konjunkturelle wirtschaftliche Einbrüche könnten in Europa abgemildert werden. Gegenwärtig dominieren allerdings nicht konjunkturelle, sondern strukturelle Faktoren. Dies zeigt die Zerlegung der Arbeitslosenrate in Abbildung 3 deutlich. Arbeitslosenversicherungen können strukturelle Probleme nicht lösen, sie zementieren sie.

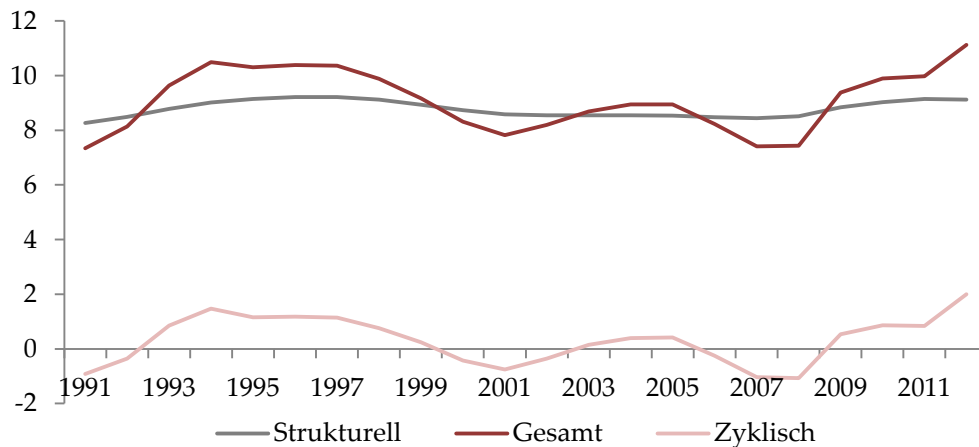
⁵ Vgl. *Berthold* (1993).

⁶ Vgl. *Berthold* (2013).

Abbildung 3

Strukturelle und zyklische Arbeitslosigkeit in der EWU

Durchschnitt der Euro-17 Staaten, in %



Quelle: Orlandi (2012).

Es steht zu befürchten, dass eine europäische Arbeitslosenversicherung das „moral hazard“ der Tarifpartner weiter verschärft⁷. Mit einer solchen Versicherung lassen sich die finanziellen Lasten der Arbeitslosigkeit über nationale Grenzen hinaus verteilen. Die Versuchung der Tarifpartner wächst, bei Tarifverhandlungen weniger an die Folgen für die Beschäftigung zu denken. Der Mechanismus der internen Auf- und Abwertung über regional, sektoral und qualifikatorisch flexible Lohnstückkosten wird behindert. Und noch etwas verschärft diese Entwicklung, Europa leidet zunehmend unter einem asymmetrischen Trend. Die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen Ländern und Regionen haben sich verfestigt. Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde zu einer Form des Finanzausgleichs degenerieren. Es wird finanziell dauerhaft von den besseren zu den schlechteren Regionen umverteilt. Der Anreiz der schlechteren Regionen, sich über Strukturreformen anzupassen, wird erheblich geschmälert. Griechenland wäre bald überall.

Das alles spricht nicht dafür, auf eine zentrale Lösung zu setzen. Damit würde man der regionalen Heterogenität der Arbeitsmärkte nicht gerecht. Auch wird den politischen Akteuren die Möglichkeit genommen, in der Arbeitsmarktpolitik von den Besten zu lernen. Tatsächlich sind die Arbeitslosenversicherungen in Europa unterschiedlich organisiert. Sie unterscheiden sich in der Höhe der Lohnersatzraten, der Dauer des Bezugs von Leistungen und der administrativen Handhabung (Zu-mutbarkeitskriterien). Es ist nicht sinnvoll, den institutionellen Wettbewerb als Entdeckungsverfahren auszuschalten, indem man sich für eine einheitliche europäische Arbeitslosenversicherung entscheidet. Eine Reform der Arbeitslosenversicherung, die das vielfältige „moral hazard“ von Arbeitnehmern, Unternehmen und Tarifpartnern verringert, ist angezeigt. Eine Trennung von Versicherung und operativem Geschäft, mehr Wettbewerb in der Beratung, Vermittlung und Qualifizierung und eine Beteiligung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Gewerkschaften an einer risikoäquivalenten Finanzierung sind mögliche Elemente.

⁷ Vgl. Berthold (1997b).

Maastricht 2.0 in der Fiskalpolitik

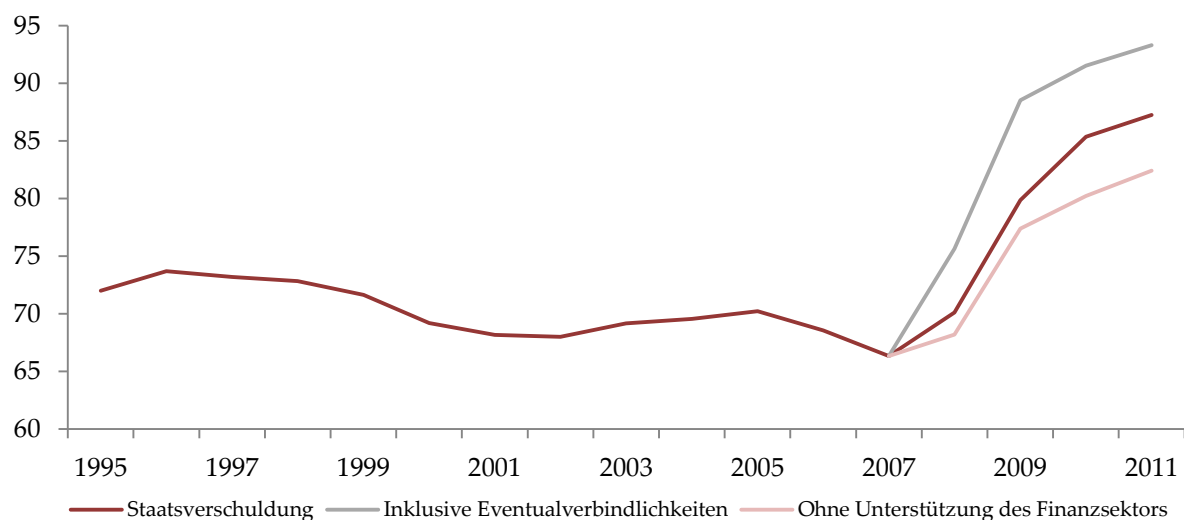
Die schwere Krise der EWU hat einen ihrer Grundpfeiler ins Wanken gebracht: Die dezentrale Fiskalpolitik. Es gehört zum Kernbestand der Verträge von Maastricht, die Entscheidung über Steuern und Ausgaben bleibt den nationalen Parlamenten vorbehalten, sie wird nicht vergemeinschaftet. Die Gründe für diese Entscheidung liegen auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Zum einen sollte die nationale fiskalische Souveränität nicht in Frage gestellt werden. Schließlich ist das Budgetrecht das elementare Recht nationaler Parlamente. Solange keine Politische Union existiert darf dieses Recht nicht angetastet werden. Zum anderen sollte verhindert werden, dass eine zentrale Fiskalpolitik die EZB verstärkt unter Druck setzen kann, eine inflationäre Geldpolitik zu betreiben. Dahinter steht die Vorstellung, dass bei national eigenständigen Fiskalpolitiken die Interessen divergieren. Einer zersplitterten Front der nationalen Fiskalpolitiken steht eine stabilitätsorientierte Geldpolitik der unabhängigen EZB gegenüber. Das alles scheint nicht mehr zu gelten. Die nationale Souveränität in der Fiskalpolitik steht auf dem Prüfstand.

Es ist offenkundig geworden, dass die fiskalischen Leitplanken des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der No Bail Out-Klausel nicht gehalten haben. Die staatliche Verschuldung ist explodiert, die Risiken für die EWU sind gestiegen. Das hat mit zweierlei zu tun. Zum einen haben einige Länder des Südens lange über ihre Verhältnisse gelebt. Ein wachsender Sozialstaat, die anfängliche Zinskonvergenz des Euro und die Niedrigzinspolitik der EZB haben dazu beigetragen. Zum anderen haben Banken die Staaten finanziell in Geiselnhaft genommen. Die kostspielige Bankenrettung ließ die Staatsverschuldung fast überall in die Höhe schnellen, wie Abbildung 4 veranschaulicht. Viele Banken und einige Länder stehen vor der Pleite. Der Druck auf die EZB ist hoch, als „lender of last resort“ von Banken und Staaten zu agieren. Die Beträge, mit denen sich die EZB bei riskanten Staatspapieren engagiert, sind abenteuerlich. Das Prinzip der Trennung von Geld- und Fiskalpolitik gilt nicht mehr. Die Gefahren für die Geldwertstabilität und die Existenz der EWU sind unübersehbar.

Abbildung 4

Staatsverschuldung in der Eurozone

Durchschnitt der Euro-17 Staaten, in % des BIP



Quelle: Eurostat (2012).

Eine Abkehr von der dezentralen, eigenverantwortlichen fiskalischen Struktur der EWU ist gegenwärtig en vogue. Die Meinung ist weit verbreitet, die Schuldenkrise lasse sich nur in einer Haftungsgemeinschaft lösen. Alle Mitglieder müssten fiskalisch füreinander einstehen. Die Ausgabe von gemeinsamen Schulden durch „Eurobonds“ sei unumgänglich. Stark verschuldete Länder müssten niedrige, noch solidere höhere Zinsen zahlen. Damit sei die Gefahr der Pleite hoch verschuldeter Länder gebannt. Es wird allerdings fiskalisch zwischen den Mitgliedern umverteilt. Die Anpassung an asymmetrische Schocks und asymmetrische Trends erfolgt über den Kanal finanzieller Transfers. Eine solche Lösung braucht eine zentrale weisungsbefugte Instanz, wie ein europäisches Finanzministerium, mit fiskalischen Durchgriffsrechten. Es muss die Möglichkeit haben, auf Steuern der Mitglieder zurückzugreifen und das Ausgaben- und Verschuldungsverhalten zu überwachen. Das erfordert eine demokratische Legitimation. Ohne eine Politische Union ist das allerdings nicht denkbar⁸.

Eine solche Union ist gegenwärtig unrealistisch. Die Politik sucht deshalb einen Weg unterhalb dieser institutionellen Umgestaltung: Eine Bankenunion. Damit soll zumindest der Treibsatz der Staatsverschuldung über die Bankenrettung entschärft werden. Eine Bankenunion hat drei Elemente: Eine zentrale Aufsicht, die Restrukturierung und Abwicklung von Banken und eine europäische Einlagensicherung. Alle drei Elemente sind umstritten. Noch am wenigsten kontrovers ist die zentrale Aufsicht. Ob sie allerdings bei der EZB angesiedelt werden sollte, ist wegen der Nähe zur Geldpolitik umstritten. Eine Restrukturierung und Abwicklung angeschlagener Banken ist grundsätzlich unumstritten. Schwierig wird es, wenn Mittel zur Restrukturierung gebraucht werden. Da ein Sicherungsfonds bei großen Restrukturierungen kaum ausreicht, müssen die supranationalen Institutionen der Bankenunion auf nationale Steuern zurückgreifen. Das ist nur in einer Politischen Union möglich. Schließlich stößt eine europäische Einlagensicherung auf den Widerstand der Länder, die ein funktionierendes System haben. Diese Länder würden verlieren.

Bei einer Fiskalunion – mit und ohne Politische Union – ist die Gefahr groß, dass die EWU zur Haftungsunion degeneriert. Die Wege der Anpassung an asymmetrische Schocks ändern sich. Bei glaubwürdigem Haftungsausschluss passen sich die Mitglieder über flexible Löhne und mobile Arbeit an. Die Lasten von Schocks werden getragen. Können die Mitglieder allerdings auf finanzielle Ressourcen der Anderen zurückgreifen, ist der Anreiz geringer, die Lasten selbst zu schultern. Die Lasten von Schocks werden finanziert. Es entwickelt sich ein Teufelskreis multiplen „moral hazards“. Fiskalisches „moral hazard“ ist das erste Ergebnis. Zahler und Empfänger vermindern eigene Anstrengungen. Die inter-regionalen Transfers nehmen zu, die Ausgaben des Staates steigen, die staatliche Verschuldung wächst. Die weichere Budgetrestriktion der Staaten löst lohnpolitisches „moral hazard“ aus. Die Tarifpartner wälzen beschäftigungspolitische Lasten auf den Staat ab. Der Druck auf die EZB nimmt zu, eine inflationäre Politik zu betreiben. Die Budgetrestriktion der Tarifpartner wird weicher. Lohnpolitisches „moral hazard“ nimmt weiter Fahrt auf.

Die fiskalpolitische Analyse ist ernüchternd. Gemeinsames Geld erzeugt immer auch einen Transferbedarf. Vielfältiges „moral hazard“ scheint unvermeidlich, die EWU bleibt inhärent instabil. Eine Fiskalunion ist keine Lösung. Sie wirkt kontraproduktiv, weil sie „moral hazard“ verstärkt. Der einzige Weg, fiskalische Risiken und Nebenwirkungen einzudämmen, bleibt „Maastricht 2.0“. Notwendig sind ein klares wirtschaftspolitisches Assignment und eine glaubwürdige regelgebundene nationale Wirtschaftspolitik. Geld- und Fiskalpolitik müssen voneinander getrennt sein. Die Geldpolitik ist nur dem Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet. Die Fiskalpolitik braucht gehärtete staatliche

⁸ Vgl. *Kronberger Kreis* (2012).

Budgetrestriktionen: Einen sanktionsbewehrten SWP und eine glaubwürdige No Bail Out-Regel. Eine Schuldenbremse allein kann es nicht richten. Notwendig ist eine Insolvenzordnung für Staaten und Banken. Sie führen Handlung und Haftung wieder zusammen. Die Budgetrestriktionen beider werden gehärtet, fiskal- und lohnpolitisches „moral hazard“ eingedämmt. Eine marktkonforme Anpassung an Schocks wird wieder möglich, die EWU stabilisiert.

Der Weg zurück zum Wachstum

Langfristig wird die EWU nur überleben, wenn sie wieder ausreichend wirtschaftliches Wachstum erzeugt. Wachsen die Euroländer, so lösen sich viele ihrer Probleme in Luft auf. Die steigende Nachfrage am Arbeitsmarkt verringert die anhaltende Arbeitslosigkeit. Wächst der europäische Kuchen, verlieren Verteilungskämpfe an Bedeutung. Gleichzeitig kann die hohe Staatsverschuldung durch die erwirtschafteten Überschüsse abgebaut werden. So sinnvoll eine konsequent auf Wachstum ausgerichtete Politik in Europa wäre, so wenig wird diese aktuell forciert. Das ist umso erstaunlicher, als dass die Wachstumstheorie die Determinanten des Wachstums relativ gut voraussagt.⁹ An dieser orientieren sich die aktuellen Maßnahmen der EU, allen voran der Pakt für Wachstum und Beschäftigung, allerdings nur am Rande. Gleiches gilt auch für die Höhe der zur Wachstumsförderung eingesetzten Mittel. Zwar beläuft sich der Wachstumspakt mit 120 Mrd. Euro auf knapp 0,8% der realen Wirtschaftsleistung der EU.¹⁰ Von diesem Bruttowert bleibt netto allerdings wenig übrig.

Das Paket des Wachstumspaktes umfasst im Wesentlichen drei Elemente. Erstens wurde das Grundkapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 10 Mrd. Euro erhöht, wodurch sich die Regierungschefs zusätzliche Kredite in Höhe von 60 Mrd. Euro erhofften. Zweitens wurde die Ausgabe von EU-Garantien für Infrastrukturprojekte beschlossen, welche die Refinanzierungskosten privater Investoren am Kapitalmarkt reduzieren sollen (Projektbonds). Drittens sollen die ungenützten Mittel des EU-Strukturfonds künftig für Wachstumsprojekte ausgegeben werden. Das im Juni 2012 vorgestellte Paket sollte das Antiserum für die anhaltende Wachstumsschwäche bereithalten.¹¹ Die Ernüchterung, die sich ein Jahr später einstellte, war jedoch abzusehen. Zum einen können nur dann zusätzliche Kredite begeben werden, wenn genügend sinnvolle Projekt bonitärer Kreditnehmer vorhanden sind. Auch die EIB verschenkt kein Geld. Zum anderen handelt es sich bei den Projektbonds und den „ungenutzten“ Mittel des Strukturfonds um ein reines Recycling bereits ausgegebener Gelder.

Eine reine Erhöhung der Ausgaben wäre jedoch der falsche Weg. Staatsausgaben, die für konsumptive Zwecke getätigt werden, können zwar kurzfristige konjunkturelle Effekte erzielen. Die Empirie zeigt jedoch, dass anhaltender Staatskonsum langfristig zu einer Reduktion der Wachstumsrate führt.¹² Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass Staatsausgaben über Crowding-Out Effekte private Investitionen reduzieren. Diese besitzen jedoch ganz im Gegenteil zum kurzfristig wirksamen Staatskonsum langfristige Wachstumspotentiale. Abbildung 6 zeigt einen ganz klaren Zusammenhang zwischen Investitionsquote und Wirtschaftswachstum. Zum anderen führt die Erhöhung der Staatsausgaben zu einer Zunahme der Staatsverschuldung. Diese ist jedoch negativ mit wirtschaftli-

⁹ Vgl. Barro (2003) und Barro (2013).

¹⁰ Kalkulation auf Basis der Daten von Eurostat (2013).

¹¹ Zur Wachstumsschwäche, vgl. Berthold und Gründler (2013).

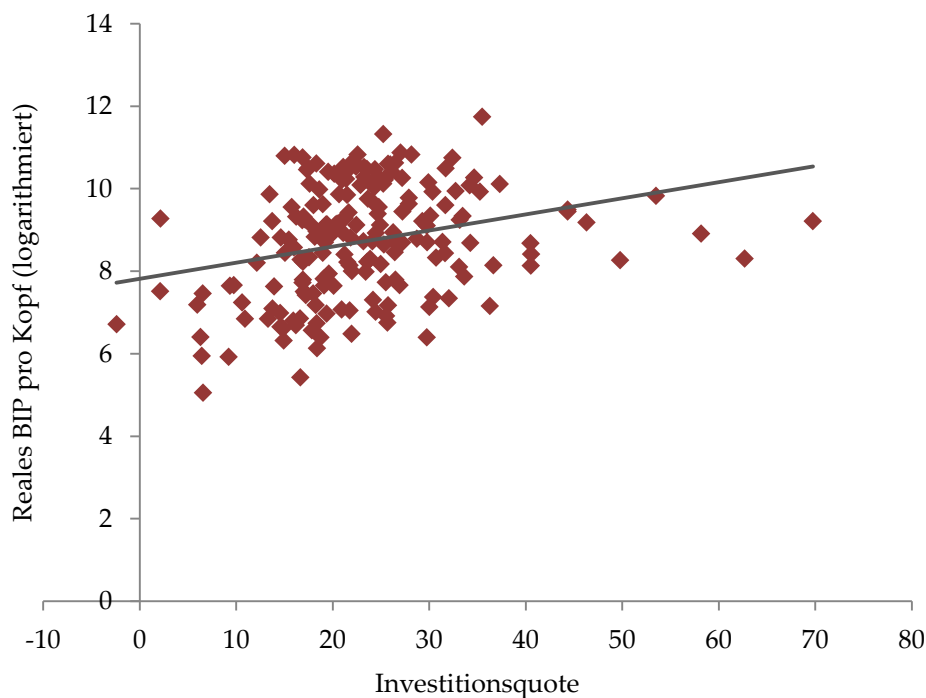
¹² Vgl. Barro (2000).

chem Wachstum korreliert.¹³ Wenn der Staat über seine Verhältnisse lebt und seine Ausgaben unverhältnismäßig steigert, so führt dies zwangsläufig zu einer Reduktion der Investitionsquote und damit zu einem Rückgang der Wachstumsrate. In der EWU ist der Staatskonsum 2013 weiter angestiegen.¹⁴ Eine potentielle kurzfristige Linderung der europäischen Konjunkturprobleme wird teuer erkaufte. Die Kosten dafür trägt die kommende Generation. Auch aus wachstumspolitischer Sicht ist es damit unerlässlich, die europäische Schuldenproblematik in den Griff zu bekommen.

Abbildung 5

Investitionsquoten und Wohlstand

187 Länder, Durchschnitt 2005-2010, Investitionsquote in % des BIP



Quelle und Anmerkung: Heston et al. (2012). Ausgleichsgerade zeigt OLS-Regression.

In den Gremien der EU werden die beiden diametral verschiedenen Konzepte „Konjunktur“ und „Wachstum“ regelmäßig verwechselt. Während Konjunktur die zyklische Schwankung im Auslastungsgrad des Produktionspotentials beschreibt, meint Wachstum die Erweiterung dieses Potentials. Da das langfristige Produktionspotential von Arbeit, Kapital und Wissen abhängt, muss sich jede Wachstumspolitik an diesen Größen orientieren. Wachstum durch eine reine Anhäufung von Kapital ist jedoch nur bis zu einer bestimmten Grenze, dem „steady state“ möglich.¹⁵ Insofern sind die Maßnahmen der EU eher konjunktur- denn wachstumswirksam. Der wesentliche langfristige Treiber ist die Zunahme des Wissens. Rund 80% der Einkommenssteigerung der letzten 100 Jahre in den Industrienationen sind auf technische Neuerungen zurückzuführen.¹⁶ Diese entstehen allerdings nur durch einen Anstieg des Humankapitals, durch Grundlagenforschung oder Innovationen. Eine reine Bereit-

¹³ Vgl. Reinhart, Rogoff (2010).

¹⁴ Vgl. Eurostat (2013).

¹⁵ Vgl. Solow (1956) und Mankiw et al. (1992).

¹⁶ Vgl. Stiglitz (2010).

stellung von Kapital zur Förderung von Investitionsprojekten löst kaum Wachstumseffekte aus. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn es keine sinnvollen Investitionsprojekte gibt, die es zu unterstützen lohnt.

Durch die Erschließung von Wissen entstehen neue Industrien mit zahlreichen gewinnbringenden Investitionsmöglichkeiten. So haben in der Vergangenheit etwa die Erfindung des Autos, des Düsenjets, des Mikrochips oder des Internets starke Wachstumsphasen ausgelöst. Doch nicht nur diese radikalen Innovationen, vor allem auch „kleinere“ Neuerungen eröffnen neue Investitionsprojekte. Sind vielversprechende Projekte vorhanden, ist Investitionsförderung wieder eine sinnvolle Wachstumsstrategie. Damit kommt es selbst bei Erreichen des steady states zu Wachstum durch Kapitalakkumulation. Augenblicklich befinden sich die Ökonomie in Europa und der Welt jedoch in einer Phase, in der die Potentiale der vorhandenen Technologien weitestgehend ausgereizt sind.¹⁷ Darin liegt ein Großteil der Wachstumsschwäche in Europa begründet. Die Finanzkrise und die Schuldenkrise haben diese Entwicklung verstärkt, der anschwellende Finanzsektor führte in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer erheblichen Fehlallokation der Ressourcen.

Während grundlegende Neuerungen oftmals an Universitäten und Forschungseinrichtungen entstehen, erfolgt die konkrete marktfähige Umsetzung durch Unternehmer. Die klassische Schumpetersche Beschreibung charakterisiert den Unternehmer als risikofreudigen Innovator, der in Zeiten gesättigter Märkte in neue Produkte investiert.¹⁸ Wissenszuwächse werden so in konkrete Innovationen umgemünzt, welche die Akkumulation neuen Kapitals ermöglichen und gleichsam die Produktivität erhöhen. Wissen diffundiert durch den Handel und steht mit einiger Verzögerung allen Volkswirtschaften mit angemessenem Offenheitsgrad zur Verfügung. Die konkrete Umsetzung in den Wirtschaftsprozess unterscheidet sich zwischen den Ökonomien jedoch erheblich. Dies liegt zum einen an der Heterogenität der Bildung. Zum anderen spielt der Anteil an Unternehmern eine entscheidende Rolle. Die Empirie zeigt, dass dieser Anteil stark mit Wachstum korreliert ist.¹⁹ Die Politik muss daher die Rahmenbedingungen setzen, dass Unternehmertum gedeihen kann. Dies gelingt über die Definition von Eigentumsrechten, internationale patentrechtliche Regelungen, sinnvolle Wettbewerbspolitik sowie die Förderung von Investitionen in neue Technologien.

Forschung, Bildung und Strukturwandel

Europa muss mehr in seine Forschung investieren. Während Großbritannien hier als Musterbeispiel dient, fallen die Universitäten der anderen Länder in der EU im internationalen Vergleich deutlich zurück. Die Universitäten aus Singapur, Kanada, Japan und Australien überholen die einstigen akademischen Aushängeschilder aus Europa auf breiter Flur. Der Abstand zu den USA ist ohnehin kaum mehr einholbar. Im internationalen Ranking landet die beste Universität der EWU auf Platz 34 (Ecole normale supérieure, Paris), deutsche Universitäten sucht man vergebens unter den Top-50 der Welt (TU München: 53, Heidelberg: 55, LMU: 60).²⁰ Zwar helfen Wissensspillovers über den internationalen Handel, die außerhalb der EWU generierten Forschungsergebnisse zu importieren. Allerdings kann dies kaum die intensive Verflechtung zwischen Top-Universitäten und Forschungsabtei-

¹⁷ Vgl. Gordon (2012), Cowen (2011) und Berthold, Gründler (2013).

¹⁸ Vgl. Schumpeter (1911).

¹⁹ Vgl. Berthold, Gründler (2012).

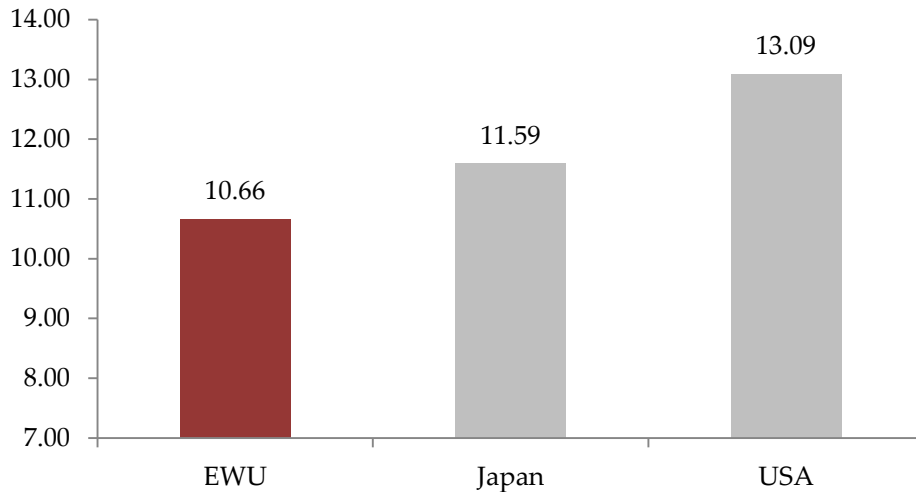
²⁰ Vgl. QS (2012).

lungen der Unternehmen ersetzen. Die Konsequenz des europäischen Mittelmaßes in der Forschung ist die Abwanderung der fähigsten Personen in das Ausland. Dies reduziert die europäischen Wachstumspotentiale erheblich.

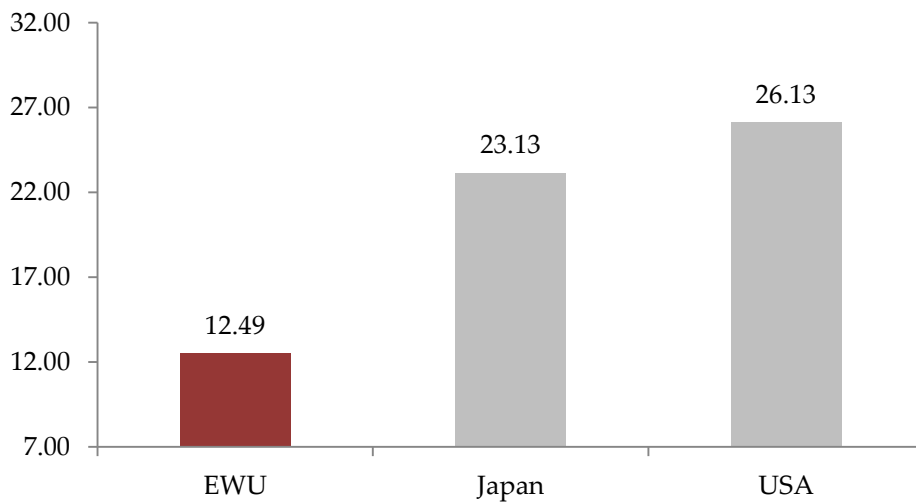
Abbildung 6

Bildung in der Eurozone

A: Durchschnitt Schuldauer, in Jahren



B: Personen mit tertiärer Bildung, in %



Quelle: Barro und Lee (2010).

Um neues Wissen anzuwenden, ist Bildung unerlässlich. Dies ist nicht nur relevant bei der konkreten Umsetzung neuer Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte. Vor allem auch die Erlernung des Umgangs neuer Technologien in den Betrieben ist notwendig, um die Wachstumspotentiale zu realisieren. Innovationen sind nur sinnvoll, wenn auch das Bildungsniveau deren konkrete Umsetzung erlaubt. Gleichzeitig entstehen Innovationen nur durch fundierte Bildung. Das essentielle

Fundament dazu wird bereits in den Kindergärten und der Schulzeit gelegt.²¹ Die universitäre Ausbildung sorgt für die entsprechende Spezialisierung. In der EWU sind die Potentiale für die Bildung der Bürger in vielen Mitgliedsstaaten längst nicht ausgereizt. Hier werden nach wie vor Wachstumspotentiale verschwendet. Vergleicht man die durchschnittliche Anzahl der Schuljahre und den Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss in der EWU mit jenen der USA und Japan (den beiden Ländern mit dem höchsten Innovationsoutput weltweit), so wird ersichtlich, dass die Eurozone noch immer hinterherhinkt. Dies veranschaulicht Abbildung 6.

Die zunehmend ungleicher werdende Einkommensverteilung in den europäischen Ländern verringert die Chancen auf Bildungsgleichheit.²² Sind Haushalte nicht solvent genug, um die Kosten für tertiäre Bildung am Kapitalmarkt zu refinanzieren, werden Potentiale für Bildung verschwendet. Über diesen Kanal führt materielle Ungleichheit zu einer Reduktion des Wirtschaftswachstums. Oftmals liegt die Ursache für einen verfrühten Schulabbruch jedoch nicht (nur) an der Finanzierung, sondern vielmehr an einem Informationsmangel.²³ Zudem führt die steigende Zahl der Schularten in Europa zu einer zunehmenden Segregation der Schüler nach Einkommen und ethnischer Herkunft, da die Schulwahl oftmals suboptimal verläuft.²⁴ Fähigkeiten sind jedoch über Einkommensgruppen und ethnische Herkunft gleichverteilt, weshalb auch hier Bildungspotentiale verschwendet werden. Vielfach wird auch darauf hingewiesen, dass die frühe Trennung in den meisten europäischen Schulsystemen diesen Effekt verstärkt.²⁵ Ein weiteres Problem ist die starke Ungleichheit zwischen einheimischen und immigrierten Schülern. Die Ergebnisse der PISA-Studie zeigen, dass Schüler aus Immigrantenfamilien in der EWU lediglich 86% der Punktzahl von einheimischen Schülern erzielen. In den USA gelingt die Eingliederung ungleich besser (96%).²⁶

Durch die Verbesserung der Bildung in Europa kommt es zu einer Reduktion der Lohnungleichheit, was wiederum den Zugang für Bildung für die kommende Generation erleichtert. Gleichzeitig steigt so der Innovationsoutput, der wiederum eine fundierte Bildung notwendig macht. Durch technologische Neuerungen wird allerdings auch der Strukturwandel vorangetrieben. Aus diesem Grund ist es auch aus wachstumspolitischer Sicht entscheidend, die strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt sinnvoll zu bekämpfen. Auch hier ist die Bildungspolitik ein entscheidender Faktor: Bereits in frühem Alter müssen die Weichen für neue Sektoren in der schulischen Ausbildung gelegt werden. Es müssen Anreize gesetzt werden, die Schüler für neue Technologien und Wissenszweige zu begeistern, sodass die spätere berufliche und universitäre Ausbildung an eben diesen ansetzt. So kann dem strukturellen Problem entgegengewirkt und gleichzeitig ein solides Fundament für Wachstum gelegt werden.

Erst, wenn diese Grundvoraussetzungen erfüllt sind, wenn Bildung jedem offensteht und neues Wissen entsteht, das gewinnversprechende Investitionsprojekte entstehen lässt, sind Maßnahmen wie jene des Wachstumspaktes sinnvoll. Gleichzeitig lassen die neuen Investitionspotentiale die Arbeitsnachfrage ansteigen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt. Der Nachfrageanstieg wird allerdings asynchron über die Berufsgruppen verlaufen. Kurzfristig hilft hier nur eine Dezentralisierung der Lohn- und Tarifpolitik. Langfristig muss das Problem allerdings an der Wurzel be-

²¹ Vgl. Heckman und Masterov (2007).

²² Vgl. Barro (2000).

²³ Vgl. OECD (2012).

²⁴ Vgl. Musset (2012).

²⁵ Vgl. OECD (2012).

²⁶ Vgl. ebenda.

kämpft werden. Die Bildungspolitik muss dem strukturellen Wandel bereits in der frühen schulischen Ausbildung begegnen und Anreize für eine entsprechende Ausrichtung der Schüler gewähren. Dass diese Maßnahmen nur langfristig wirken, liegt auf der Hand. Dies ist aber eben gerade der Charakter von ökonomischen Wachstumsprozessen. Kurzfristig wirksame Maßnahmen mögen die Konjunktur für kurze Zeit beleben, führen allerdings nicht zu langfristigem Wirtschaftswachstum. Für die Zukunft der Währungsunion ist die Überwindung der europäischen Wachstumsschwäche jedoch von entscheidender Bedeutung.

Fazit

Die Krise des Euro lässt sich nur nachhaltig lösen, wenn es gelingt, das Problem multiplen „moral hazards“ in den Griff zu bekommen. Das macht es erforderlich, die Kanäle zu verstopfen, über die wirtschaftliche Akteure versuchen, auf Kosten von Dritten zu leben. Eine dezentrale Wirtschaftspolitik ist ein adäquates Mittel. Mehr Zentralisierung zerstört den Euro endgültig. Ein neues „europäisches Wunder“ ist möglich, wenn die Politik adäquat auf die wachsende wirtschaftliche und politische Heterogenität reagiert. Zentrale Tarifverhandlungen in Europa, eine europäische Sozial- und Transferunion und eine Finanzpolitik aus Brüssel sind Gift für den Euro. Dezentralisierung in der Wirtschaftspolitik ist das Gebot der Stunde. Das reaktiviert den marktlichen Preismechanismus. Persistent hohe Arbeitslosigkeit wird gebannt. Höheres wirtschaftliches Wachstum wird wieder in Gang gesetzt. Regionale Aufholprozesse ohne effizienzverschlingende inter-regionale finanzielle Transfers nehmen wieder Fahrt auf. Die wirtschaftliche Basis wird stabiler, heterogene Präferenzen der Bürger werden besser getroffen. Europa hat trotz des ungeliebten Euro eine Chance, in Frieden, Freiheit und Vielfalt zu überleben.

Literatur

- Amsterdam institute for Advanced Labor Studies* (2013): ICTWSS Datenbank, Amsterdam.
- Barro, R.J.* (2000): Inequality and Growth in a Panel of Countries, *Journal of Economic Growth*, 5(1), S.5-32.
- Barro, R.J.* (2003): Determinants of Economic Growth in a Panel of Countries, *Annals of Economics and Finance*, 4(2), S.231-274.
- Barro, R.J.* (2013): Education and Economic Growth, *Annals of Economics and Finance*, 14(2), S.301-328.
- Barro, R.J. / Lee, J.W.* (2010): A New Data Set of Educational Attainment in the World, 1950-2010, NBER Working Paper, Nr. 15902.
- Berthold, N.* (1993): Sozialunion in Europa. Integrationsfaktor oder Sprengsatz einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Tübingen.
- Berthold, N.* (1997a): Gibt es in einer Europäischen Währungsunion mehr sichere Arbeitsplätze? in: F.-U. Willeke (Hrsg.), *Die Zukunft der D-Mark. Eine Streitschrift zur Europäischen Währungsunion*, München, S.141-172.
- Berthold, N.* (1997b): Die Europäische Währungsunion: Ein weiterer Schock für Europa?, in: H.-E. Scharrer (Hrsg.), *Schocks und Schockverarbeitung in der Europäischen Währungsunion*, Baden-Baden, S. 11 - 44.
- Berthold, N.* (2011): Währungspolitischer Murks in Europa. Fehlerhafte Statik, eklatante Baumängel und ordnungspolitische Irrwege, in: *Wirtschaftliche Freiheit vom 10. März 2011*.
- Berthold, N.* (2012): Herakles und die Euro-Hydra. Banken-, Staatsschulden- und Zahlungsbilanzkrisen, in: *Wirtschaftliche Freiheit vom 9. Juni 2012*.
- Berthold, N.* (2013): Denn Sie wissen, was sie tun. Mindestlöhne zerstören die Marktwirtschaft, in: *Wirtschaftliche Freiheit vom 4. März 2013*.
- Berthold, N.* (2013): Denn Sie wissen, was sie tun. Mindestlöhne zerstören die Marktwirtschaft, in: *Wirtschaftliche Freiheit vom 4. März 2013*.
- Berthold, N. / Gründler, K.* (2012): Entrepreneurship and Economic Growth in a Panel of Countries, *Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik*, Nr.120.
- Berthold, N. / Gründler, K.* (2013): The Growth Crisis of Germany: A Blueprint of the Developed Economies, *Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik*, Nr.118.
- Cowen, T.* (2011): *The Great Stagnation: How America Ate All The Low-Hanging Fruit of Modern History, Got Sick, and Will (Eventually) Feel Better*, New York.
- Eurostat* (2013): Eurostat Datenbank, Luxemburg.
- Gordon, R.J.* (2012): Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Confronts the Six Head winds, NBER Working Paper, Nr.18315.
- Heckman, J.J. / Masterov, D.V.* (2007): The Productivity Argument for Investing in Young Children, NBER Working Paper Nr.13016.
- Heston, A. / Summers, R. / Aten, B.* (2013): Penn World Table Version 7.1, Center for International Comparisons of Production, Income and Prices, Pennsylvania.
- Kronberger Kreis* (2012): *Wie viel Koordinierung braucht Europa?* Hrsg. Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

- Mankiw, N.G. / Romer, D. / Weil, D.N.* (1992): A Contribution to the Empirics of Economic Growth, *The Quarterly Journal of Economics*, 107 (2), S.407-437.
- Musset, P.* (2012): School Choice and Equity: Current Policies in OECD Countries and a Literature Review, *OECD Education Working Papers Nr.66*.
- OECD* (2012): *Equity and Quality in Education. Supporting Disadvantaged Students and Schools*, Paris.
- Orlandi, F.* (2012): Structural unemployment and its determinants in the EU countries, *Economic Papers of the European Commission*, Nr. 455.
- QS (Hrsg.)*(2012): *QS World University Ranking 2012*, London.
- Reinhart, C.M. / Rogoff, K.S.* (2010): Growth in a Time of Debt, *American Economic Review: Papers & Proceedings* 100 (2), S.573-578.
- Schumpeter, J.* (1911): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin.
- Solow, R.M.* (1956): A Contribution to the Theory of Economic Growth, *The Quarterly Journal of Economics*, 10 (1), S.65-94.
- Stiglitz, J.E.* (2010): *Freefall: America, Free Markets, and the Sinking of the World Economy*, New York.
- Weltbank* (2013): *World Development Indicators Datenbank*, Washington.